

presse

Nationalpark Yasuní – jetzt unterstützen

Zu den Ergebnissen des Runden Tisches zur Yasuní-ITT-Initiative erklären der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sascha Raabe und die Sprecherin für Entwicklungspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ute Koczy:

Der Runde Tisch zur ecuadorianischen Yasuní-ITT-Initiative betont die Notwendigkeit jetzt Mittel im Haushalt bereit zu stellen, um das weltweit bedeutendste Projekt zum Schutz der Artenvielfalt zu unterstützen, sagt Sascha Raabe. Rund 40 VertreterInnen aus Parlament, BMZ, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutierten die Möglichkeiten einer Unterstützung der ecuadorianischen Yasuní-Initiative durch die Bundesregierung.

Das Signal des Runden Tisches ist eindeutig: Jetzt im Haushalt Mittel einstellen und auf die ecuadorianische Yasuní-Initiative mit finanzieller und technischer Unterstützung reagieren. Das Yasuní-Programm ist weltweit das konkreteste und bedeutendste Projekt zum Schutz der Artenvielfalt. In außergewöhnlicher Form wurde mit über 40 Vertreterinnen und Vertretern aus Parlament, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die aktuelle Lage zur Unterstützung der Yasuní-ITT-Initiative diskutiert. Dass alle Fraktionen des Deutschen Bundestages am Runden Tisch teilnahmen zeigt: Die Yasuní-ITT-Initiative genießt im deutschen Parlament weiterhin hohes Interesse und breite Unterstützung.

In leidenschaftlichen Plädoyers machten die Teilnehmenden des Runden Tisches die Einzigartigkeit von Yasuní deutlich. Weltweit gibt es kein artenreicheres Gebiet. Fachleute aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft machten klar: Die vom BMZ favorisierte Unterstützung durch die noch in den Anfängen steckende REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) -Variante wird den akuten Schutzbedürfnissen nicht gerecht. Yasuní braucht andere Instrumente, wie den UNDP-Treuhandfonds. Zudem ist

das Argument von Minister Niebel für das "Unterlassen" der Ölforderung nicht zahlen zu wollen, alles andere als kohärent. Beim REDD+-Mechanismus wird genau dieses Prinzip des "Belohnens für Unterlassen" angewandt. Es erfolgt eine Entschädigung für die Nichtabholzung von Regenwaldflächen. Warum dieses Prinzip bei der Initiative der ecuadorianischen Regierung nun vom Minister kritisiert wird, bleibt Niebels Geheimnis.